Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2791

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft (26. Ausschuß)

über den Bericht der Bundesregierung über die EURATOM-Forschungsstätten

— Drucksache IV/1934 —

A. Bericht des Abgeordneten Dr. Dr. Oberländer

Am 13. November 1963 stellte die Fraktion der SPD einen Antrag betreffend Bericht der Bundesregierung über die EURATOM-Forschungsstätten — Drucksache IV/1620. Der Antrag erstreckte sich auf sieben Fragen über Finanzierung, grundsätzliche Planung, Zusammenarbeit der EURATOM-Forschungsstätten mit den landeseigenen Forschungsstätten der EURATOM-Länder, die Arbeitsmöglichkeiten der Wissenschaftler in den Forschungsstätten, die kulturelle und soziale Betreuung der deutschen Mitarbeiter und die eventuelle Möglichkeit einer angesehenen Beraterkommission, insbesondere für Ispra.

Am 13. Dezember 1963 beschloß der Deutsche Bundestag in seiner 103. Sitzung gemäß dem Antrag des Ausschusses für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft — Drucksache IV/1753 — die Vorlage eines Berichts der Bundesregierung über die EURATOM-Forschungsstätten. Die Bundesregierung erstellte den Bericht am 13. Februar 1964. Dieser Bericht der Bundesregierung wurde vom Ausschuß für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft in drei Sitzungen, am 16. Juni, 24. Juni und 5. November 1964, beraten.

Zu Frage 1 wurden Finanzierung, Stand des Aufbaues und Einrichtung der Kernforschungszentren von der Bundesregierung eingehend dargestellt. Der Ausschuß kritisierte das unverhältnismäßige Übergewicht des Projektes ORGEL in Ispra, das heute einschließlich der Löhne und Gehälter ca. 85 % der Kosten von Ispra benötigt und daher für andere Forschungsvorhaben nicht genügend Spielraum läßt.

Der Ausschuß bedauert, daß das Projekt ORGEL in keinem voll ausgewogenen Verhältnis zu Ergebnissen steht, die man in einem solchen Zentrum erwarten könnte. Zwar wird das Projekt ORGEL auch in den USA untersucht. Entgegen anfänglich sehr pessimistischer Kritik an dem Projekt ORGEL glaubt man neuerdings, gute Ergebnisse aus diesem Versuchsprojekt erwarten zu können. Trotzdem führt die Ausdehnung des Projektes ORGEL zu einer gewissen Einseitigkeit der Forschung in Ispra, das zur Zeit 65 % des gesamten Personals des Forschungs- und Investitionshaushalts von EURATOM und etwa 57 % der akademischen Mitarbeiter vereinigt, denn für das zukunftsreiche Gebiet der Schnellen Brüter bleiben keine Mittel für Forschungsarbeit der EURATOM in Ispra. In letzter Zeit ist das Projekt ORGEL auf Kosten übriger Arbeiten ausgedehnt und auf anderen Gebieten arbeitendes Fachpersonal zu den ORGEL-Arbeiten herangezogen worden. Der Ausbau der physikalischen Forschung in Verbindung mit dem Reaktor SORA ist so nicht möglich.

Der Ausschuß beschäftigte sich auch kritisch mit der Finanzierung. Forschungszentren wie Ispra benötigen einen elastischen Haushalt, der nicht bis in alle Einzelheiten festgelegt ist. Beim EURATOM-Haushalt wird die Handlungsfreiheit durch zu große Unbeweglichkeit behindert. 11 % Personalkosten des gesamten Forschungs- und Investitionshaushalts

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

von EURATOM stehen in Ispra 6 % Forschungsmittel gegenüber. Dieses Verhältnis kann nicht zu einer optimalen Arbeitsfähigkeit von Ispra führen.

Zu Frage 2 hat die Bundesregierung geantwortet, daß sie eine Ausdehnung der Grundlagenforschung in Ispra befürwortet, sich aber mit ihrer Auffassung nicht im Beratenden Ausschuß für Kernforschung und vor der EURATOM-Kommission gegen die Auffassung der anderen EURATOM-Länder durchgesetzt habe. Auch nach den neuesten Verhandlungen im Ministerrat ist nicht damit zu rechnen, daß in allernächster Zeit der Grundlagenforschung eine größere Bedeutung eingeräumt wird. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß in einem Forschungszentrum wie Ispra der reinen nicht zweckgebundenen Forschung mehr Raum gegeben werden muß. Ispra weist heute noch ein Mißverhältnis zwischen zweckgebundener Forschung — wie das Projekt ORGEL — und rein wissenschaftlicher Forschung auf. Ispra als bedeutendstes Forschungsinstitut von EURATOM bietet dem Wissenschaftler, der auf dem Gebiet der Grundlagenforschung arbeitet, alle Forschungsmittel und -möglichkeiten, wie sie keine Universität und Hochschule zur Verfügung stellen kann.

Der Versuch, das zweite Fünfjahresprogramm im Sinne der geäußerten Kritik und Wünsche zu überprüfen, hat in den letzten Sitzungen des Ministerrates zu keinem Erfolg geführt. Der Ausschuß schlägt weitere Bemühungen der Bundesregierung zur Ausdehnung der Grundlagenforschung im Forschungszentrum Ispra vor.

Zu Frage 3: Die Zusammenarbeit zwischen den EURATOM-Forschungsstätten und den landeseigenen Forschungsstätten der EURATOM-Länder vollzieht sich reibungslos. Finanzielle Verflechtungen und Verbindungs- und Koordinierungsausschüsse sichern eine enge Zusammenarbeit. Von den 17,1 Millionen RE, die EURATOM 1964 für Verträge ausgibt, erhält Ispra nur 1 %. 56 % der Gesamtmittel von EURATOM gehen in Form von Forschungsverträgen wieder in die Länder zurück. 10 % gelangen in die eigene Forschung. So sehr das vielleicht dem Wunsch der Mitgliedstaaten entspricht, so entsteht doch die Frage, ob damit der Grundgedanke von EURATOM einer gemeinsamen, koordinierten und auch örtlich notwendigerweise konzentrierten Forschungsarbeit erfüllt wird.

Zu Frage 4: In den neuen Gebäuden mit modernstem Gerät sind die Arbeitsmöglichkeiten der Wissenschaftler sehr gut. Nachdem im Hinblick auf die eingetretene Steigerung der Preise, Kosten, Löhne und Gehälter eine pauschale Erhöhung von 48 Millionen RE, dann von 38 Millionen RE und schließlich von 16 Millionen RE vorgeschlagen wurde, hat die Bundesregierung nunmehr eine Erhöhung von 8 Millionen RE vorgeschlagen. Der Ausschuß begrüßt die Aufstockung des zweiten Fünfjahresprogramms um 8 Mio RE und setzt sich für die Bewilligung der notwendig gewordenen weiteren Haushaltsmittel für die Forschungszentren ein.

Zu Frage 5 gab es im Ausschuß längere Debatten. Sie betrifft die kulturelle, soziale und medizinische Betreuung der Mitarbeiter und ihrer Angehörigen in den EURATOM-Forschungsstätten. Die Klagen verschiedener deutscher Angestellter sind vor allem darauf zurückzuführen, daß sie sich vor Antritt ihrer Tätigkeit in den EURATOM-Forschungsstätten — vor allem in Ispra — über die dortigen Verhältnisse und die Notwendigkeit gewisser persönlicher Opfer im Interesse einer gedeihlichen übernationalen Zusammenarbeit keine richtigen Vorstellungen gemacht haben. Zum Teil ist ihnen wohl auch mehr versprochen worden, als gehalten werden konnte. Die Betreuung der Bediensteten kann im Grunde nur von EURATOM selbst auf internationaler Grundlage durchgeführt werden. Bei der aus Sicherheitsgründen notwendigen Abgelegenheit Ispras von Kulturzentren — wie bei allen Atomforschungsanstalten — ist die kulturelle Betreuung der Mitarbeiter vor allem auf nationaler Ebene nicht einfach. Eine gute Lösung stellt die Europaschule in Varese dar, in der Kinder aller Angestellten mehrsprachig in europäischem Geist erzogen werden.

In der sozialen und medizinischen Betreuung wären verschiedene wichtige Verbesserungen leicht durchführbar. Die Wohnungsschwierigkeiten, die anfänglich im Mittelpunkt der Beschwerden der Angestellten standen, sind nicht ganz behoben, aber wesentlich verbessert. Sicher kann niemand, der bei einem überdurchschnittlich guten Gehalt ins Ausland geht, erwarten, neben anderen Annehmlichkeiten auch verlangen zu können, auf keine der heimischen Angewohnheiten zu verzichten.

Immerhin könnte die medizinische Betreuung durch Ärzte, die die deutsche Sprache beherrschen, sichergestellt werden oder dem deutschen Arzt in Ispra mehr Bewegungsfreiheit bei der Ausübung seiner Praxis zugestanden werden. Ebenso könnte geprüft werden, ob nicht durch ein zollfreies Einfuhrkontingent von Lebensmitteln (z. B. Roggenbrot) dem deutschen Geschmack und deutschen Gewohnheiten entsprochen werden könnte, ohne daß Italien im Rahmen des ohnehin durchgeführten Zollabbaues in der EWG irgendein nennenswerter Schaden entstehen würde. Die Wünsche der Angestellten erscheinen unwichtig, fast belanglos, sind aber für die Stimmung der Mitarbeiter und damit für ihren Arbeitserfolg durchaus wichtig.

Zu Frage 6: Die Frage nach einem internationalen Beratergremium, das aus bedeutendsten Wissenschaftlern und Persönlichkeiten von Weltruf — nicht nur Europäern — bestehen sollte, wurde von der Bundesregierung bejaht. Der Ausschuß tritt für Ad-hoc-Kommissionen ein, die für die Beratung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in den EURATOM-Forschungsstätten zur Verfügung stehen. Der Ausschuß ist der Auffassung, daß hier die allerbesten Kräfte gesucht werden sollten, und daß durch solche Kommissionen auch die Brücke zu Hochschulen und Industrie geschlagen werden könnte.

Die Frage 7 nach der Zukunft deutscher Wissenschaftler nach ihrem eventuellen Ausscheiden aus Ispra ist durch die Tatsache beantwortet, daß der Bedarf an qualifizierten Wissenschaftlern nicht gedeckt werden kann.

Bonn, den 2. Dezember 1964

Dr. Dr. Oberländer

Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung zu ersuchen,

I. in Verhandlungen mit den EURATOM-Mitgliedstaaten anzustreben, daß

1. in Verbindung mit dem Ausschuß für Wissenschaft und Technik Ad-hoc-Kommissionen von international angesehenen und für Fragen der Forschungsorganisation aufgeschlossenen Wissenschaftlern für die Beratung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten in den EURATOM-Forschungsstätten, vor allem in Ispra, zur Verfügung stehen,

2. ein wissenschaftliches und technisches Programm für die EURATOM-Forschungsstätten aufgestellt wird, um zukunftsreiche Entwicklungen voranzutreiben,

3. die großen nationalen Vorhaben der Mitgliedstaaten im Sinne wirklicher Zusammenarbeit noch mehr koordiniert werden und der Europäischen Atomgemeinschaft vor allem Aufgaben übertragen werden, die langfristig und mit Risiken behaftet sind, erheblichen finanziellen und personellen Aufwand erfordern und deshalb besser im internationalen Rahmen bearbeitet werden,

4. neben der angewandten technologischen Forschung die Grundlagenforschung in den EURATOM-Forschungsstätten verstärkt betrieben wird, auch im Hinblick auf die Vorbereitung des dritten Fünfjahresprogramms,

5. die Direktionen der einzelnen EURATOM-Forschungsstätten über die Verwendung der ihnen im Rahmen der EURATOM-Forschungsprogramme und -Haushaltspläne zugewiesenen Mittel weitgehend selbständig entscheiden können,

6. die von der EURATOM-Kommission vorgeschlagene Mittelerhöhung für Forschung vom Ministerrat möglichst weitgehend bewilligt wird,

II. um die kulturelle, soziale und medizinische Betreuung des in den EURATOM-Forschungsstätten tätigen Personals bemüht zu sein.

Bonn, den 2. Dezember 1964

Der Ausschuß für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft

Dr. Bechert
Vorsitzender

Dr. Dr. Oberländer
Berichterstatter